



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postämter nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Vernichtung des Spartkapitals und die Arbeitslosigkeit.

Von Professor E. Lederer - Heidelberg.

Woher die schwere Arbeitslosigkeit seit der tatsächlichen Stabilisierung stammt, d. h. seit der Stabilisierung gegenüber den ausländischen Wäluen, die Ende 1923 erfolgte, und seit der Stabilisierung des inneren Geldwertes, welche etwa im Sommer oder Herbst 1925 einsetzte, ist noch immer eine der Diskussion würdige Frage. Wenn man sich erinnert, daß nach der Annahme des Dawes-Planes viele Nationalökonomien und viele Unternehmer — indem sie sich selbst zu Schutzmännern des deutschen Volkes ernannten, schwere Zwangsarbeit des ganzen deutschen Volkes als notwendige Folge prophezeiten —, wenn man sich erinnert, daß einstmals auch Stinnes erklärte, die Reparationslast werde nur durch Mehrleistung der deutschen Arbeiterschaft bezahlt werden können, so war das ja richtig mit Rücksicht auf die zu erwartende platonische Steuererhebung Deutschlands, aber diese Prophezeiungen kontrastierten doch etwas stark mit unserer gegenwärtigen Wirklichkeit. Diese zeigt leider immer noch eine weitgehende Unterbeschäftigung und daraus hervorgehende Störungen des Gesamtwirtschaftsprozesses, welche wieder einmal die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft beweisen: daß einer Volkswirtschaft, welche sehr viel mehr arbeiten müßte und möchte, dies doch nicht ohne weiteres möglich ist. Das ganze Räuberwerk ist noch immer aus den Fugen, wiewohl wir uns scheinbar schon gewöhnt haben, daß es so sein muß. Und da lohnt es sich, immer wieder nachzudenken, woher denn diese Arbeitslosigkeit kommt und warum sie nicht verschwinden will. Im folgenden sei im Wesen eine Folge erörtert: wie die Vernichtung des Spartkapitals und der Renteneinkommen innerhalb unserer kapitalistischen Wirtschaft auf die Konjunktur gewirkt hat.

In dem kürzlich erschienenen zweiten Heft der ausgezeichneten Vierteljahresschrift zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, finden wir eine längere Abhandlung über das Problem der Arbeitslosigkeit, welche zum Ausgangspunkt einiger Überlegungen gemacht sei.

Zunächst ergibt eine wohlmotiviertere Schätzung für den Sommer 1926 (trotz Kaufkraft!) noch immer eine Arbeitslosenziffer von mehr als zwei Millionen. Rechnet man die Kurzarbeiter, Ende Juli etwa 2 Millionen, auf Vollerwerbsloste um, so ist mindestens $\frac{1}{2}$ Million hinzuzufügen — also $2\frac{1}{2}$ Millionen im ganzen, gegenüber Ziffern zwischen etwa 100 000 als dem Minimum und etwa 600 000 als dem Maximum vor dem Kriege. Die Masse der Erwerbslosen ist also viermal so groß als zur Zeit der schwersten Krise vor dem Kriege!

Diese Ziffern, so viel Elend und Not sie in sich schließen, belagen aber trotzdem nicht, daß es in Deutschland (innerhalb der heutigen Gebietsgrenzen) gegenwärtig weniger Arbeitsgelegenheit gebe als vor dem Kriege, und daß weniger gearbeitet und produziert werde als vor dem Kriege. Es hat sich nämlich die Struktur der Erzeugung in Deutschland wesentlich geändert. Während — im gegenwärtigen Reichsgebiet — die Bevölkerung nämlich von 60,4 auf 63,1 Millionen stieg, also etwa um 4 Proz., ist die Zahl der Erwerbslosen über 20 Jahre von 34,1 auf 39,2 Millionen gestiegen, also um 15 Proz. Diese Altersklassen sind aber das Hauptreservoir der Beschäftigten. Wenn man die Zahl der Erwerbstätigen nach derselben Quelle auf 31,6 Millionen schätzt gegenüber 27,9 Millionen im Jahre 1913, so ist das eine Steigerung um 3,7 Millionen, d. h. die Erwerbslosen haben sich nicht so schnell vermehrt als die Erwerbsfähigen über 20 Jahre. Da außerdem die Erwerbstätigkeit der Frauen gegenüber der Vorkriegszeit sehr stark gestiegen ist (besonders in den persönlichen Dienstleistungen), da die allgemeine Wehrpflicht in Wegfall kam und da auch die Rentnerklasse stark abgenommen hat, so sind die $2\frac{1}{2}$ Millionen Erwerbslose nur ein Symptom dafür, daß der kapitalistische Wirtschaftsprozess nicht imstande war, sich der Strukturveränderung der Bevölkerung anzupassen. (Übrigens zeigt die Umfächung des Altersaufbaus

klar, daß sich das Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt späterhin, bei geringerer Beschäftigung der „produktiven Jahrgänge“, stark zugunsten der Arbeiterschaft verändern wird.)

Die erwähnten Umstände wirken in der Tat erst seit der Stabilisierung. Sie waren schon in der ganzen Inflationszeit vorhanden — besonders der Wegfall der Wehrpflicht und das starke Zusammenschumpfen der Rentnerklasse. Aber in der Inflation hatten wir eine allgemeine, angelegte Tätigkeit, heute leiden wir unter fortgesetzter Arbeitslosigkeit. Denn damals bot die Geldentwertung die Möglichkeit, nur einen Bruchteil der Friedenslöhne zu bezahlen und rasch zu akkumulieren —, abgesehen davon, daß unter dem Schutz der Inflation auch Verlustbetriebe aufrecht erhalten werden konnten, wenn sie nur hoch genug verschuldet waren, also imstande waren, die Produktionskosten in entwertetem Gelde zurückzuzahlen. Es waren also die Sparter, die Geldkapitalisten und die Arbeiter, welche aus ihrer Tasche gleichsam die Verlustproduktion finanzierten. Wie sehr sich dann die Situation in der Stabilisierung ins Gegenteil verkehrte, wie sich die Aufzehrung des Spartkapitals an der Industrie und eigentlich an der Arbeiterschaft rächte, ist zu bekannt, als daß es besonders ausgeführt werden müßte.

Es ist nur ein geringer Trost, wenn wir uns sagen können: die Zahl der Erwerbstätigen ist trotz aller Einschränkungen, die man machen muß, wahrscheinlich größer als vor dem Kriege, und auch die Produktionsmenge ist wahrscheinlich kaum geringer als vor dem Kriege. Denn die Arbeitslosen trifft ihr Schicksal nicht weniger hart — obwohl die Zahl der Arbeitsstellen gegenüber der Zeit vor dem Kriege sogar gestiegen sei. Uebrigens ist ja volkswirtschaftlich zu berücksichtigen, daß heute in Deutschland fast alle Einkommensbezüge aus dem Ausland fehlen, und daß dieser Teil des Sozialprodukts in Deutschland erzeugt werden muß, wenn der Konsum der gleiche sein soll. Der Wettbewerb der ehemaligen Rentner — der Befizier von Staats- und Reichsanleihen, Hypotheken usw. — auf dem Arbeitsmarkt müßte in einer vernünftig organisierten Wirtschaft auch keine besondere Schwierigkeit mit sich bringen; denn diese Gruppen von Konjunkturten ist ja bereit, ihre bisherige Kaufkraft durch eigene Arbeit zu ersetzen.

Und doch liegt hier offenbar einer der Gründe für die große Arbeitslosigkeit: diese Rentnerklasse war vor dem Kriege Konsument. Sie war es zwar nur deshalb, weil sich die produktiven Schichten, insbesondere die Arbeiter und Unternehmer, von ihrem Einkommen Abzüge gefallen lassen mußten, welche zu Einkommen der Rentner wurden. Hätte sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege nichts geändert, als daß die Rentner ihr Vermögen und Einkommen einbüßten, so wären die Arbeitseinkommen der Arbeiter, Unternehmer usw. nur entsprechend höher. Sie könnten mehr konsumieren. Und die Rentner müßten trachten, für sich selbst den Gegenwert dessen zu erzeugen, was sie verbrauchen wollen. Es wäre die Grundlage und die Möglichkeit für ein größeres Sozialprodukt gegeben. Dem ist aber nicht so: Es ist keine Rede davon, daß die ehemalige Kaufkraft der Rentner den Arbeitern, Angestellten und Beamten zugewachsen wäre. Sondern das Spartkapital hat sich ja in Sachwerte umgewandelt, welche zum Teil heute infolten wertlos sind, als der Produktionsapparat ja nicht zur Gänze ausgenützt ist. Infolten aber diese vergrößerten Betriebsanlagen existieren, insofern durch Rationalisierung eine gesteigerte Produktionskapazität vorhanden ist, hat sich der Anspruch der ehemaligen Kapitalbesitzer auf Rente in einem Anspruch der Unternehmer auf gesteigerten Profit umgewandelt.

Auf die Grundlinien vereinfacht: der Vernichtung der Renteneinkommen entspricht zwar die theoretische Möglichkeit steigender Gewinne. Aber der fürmliche Arbeitsandrang der einkommenslosen Rentner usw. schafft eine Krise auf dem Arbeitsmarkt, eine relative Senkung der Gesamtkonsumsumme. D. h. die Gesamtkaufkraft der Löhne und Kapitalrenten ist heute sicherlich eine geringere Quote des Sozialprodukts als vor dem Kriege. Das heißt aber, daß die Produktivkräfte gar nicht genug ausgenützt sein können. Das ist nur die Krise von anderer Seite her gesehen.

Die erwähnte Abhandlung in den Vierteljahresschriften scheint nun (S. 46) die Krise zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß Deutschland an Kapital verarmt sei. Das scheint mir aber nicht richtig zu sein: Denn in der Tat sind ja die Produktionsanlagen Deutschlands nicht völlig ausgenützt. Und zwar stehen nicht bloß veraltete oder teuer arbeitende Anlagen still, sondern auch die modernsten Betriebe sind nicht voll beschäftigt. Ein Zeichen dafür, daß Störungen im Verteilungsprozess der Volkswirtschaft vorliegen. Das wird um so klarer, wenn man bedenkt, daß gerade die Rationalisierung der letzten Monate, d. h. die Steigerung der allgemeinen Produktionskapazität bei gleichzeitigem Ansteigen der Produktionsmengen (z. B. Kohlenbergbau!) eine Verteilung der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Da die Renteneinkommen, gegenüber der Vorkriegszeit gehalten, weggefallen sind, da die Gesamtsumme von Löhnen und Gehaltseinkommen nicht entsprechend gestiegen ist und da die Reallohn der Arbeiterschaft selbst auch nicht gestiegen sind, so ergibt sich bei stärkerem Arbeitsandrang notwendig eine Arbeitslosigkeit. Nur wenn die Quote des Sozialprodukts, die direkt in den Konsum eingeht, steigt, wird wieder ein normaler Zustand hergestellt sein. Nur dann werden alle Produktionsanlagen ausgenützt sein, und nur dann werden alle Arbeitslosen Beschäftigung finden. Die Industrie und Landwirtschaft könnte (und müßte bei freier Konkurrenz) dazu durch entsprechenden Preisabbau beitragen. Heute paßt man das Problem, durch großzügige Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, von der andern Seite her an. Insofern als diese Maßnahmen alle darauf hinauslaufen, die Konsumquote der Produktion zu heben, sind sie theoretisch richtig. Man wird nur dafür sorgen müssen, daß sie nicht zu unerwünschten Preisverhebungen führen, d. h. man wird die Preisbewegung gerade in den nächsten Monaten besonders genau kontrollieren und unter Umständen bremsen müssen, wenn man nicht die Wirkung der Arbeitsbeschaffung ins Gegenteil umschlagen lassen will.

Graphische Industrie und Kleinbetrieb.

Entscheidend für die technische Entwicklung einer Industrie ist weniger die Tatsache, daß Erfindungen gemacht werden, die ihr für eine vervollkommnere Produktion zur Verfügung stehen, als der Umfang, in welchem Umfang die technischen Neuerungen zur Anwendung gelangen. Selbstverständlich steht die Einführung von technischen Neuerungen das Vorhandensein solcher überhaupt voraus. Die technische Entwicklung des graphischen Gewerbes ist im letzten Jahrzehnt tüchtig vorangeschritten. Namentlich die Nachkriegszeit war dieser Tendenz besonders günstig. Die Großdruckereien haben, gestützt auf die hohe Rentabilität ihrer Produktion, von den technischen Neuerungen weitgehendsten Gebrauch machen können. Die Spitzenleistungen der graphischen Produktionstechnik auf dem Gebiete der Offset-, Steindruck-, Schneide-, Rotations-, Segmaschinen und Schnellpressen usw. sind in den Großbetrieben in beträchtlichem Umfang zur Einführung gelangt. Selbst sog. Mittelbetriebe waren häufig in der Lage, den Stand ihrer Technik zu einer beachtlichen Höhe zu steigern.

Für die graphische Arbeiterschaft ist diese Entwicklung an sich durchaus begrüßenswert, obwohl der Gedanke nicht besonders freundlich stimmt, an den Vorteilen der hohen Rentabilität in keinerlei oder unwesentlicher Weise beteiligt gewesen zu sein.

Neben den Groß- bzw. Mittelbetrieben gibt es jedoch in Deutschland eine verhältnismäßig hohe Anzahl sog. Kleinbetriebe. Zahlenmäßig überragt ihre Zahl die der anderen Kategorien um ein beträchtliches, wiewohl sie in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gewaltig hinter jenen zurückbleiben.

So vorteilhaft sich die technische Modernisierung für das graphische Gewerbe in seiner Gesamtheit ausgewirkt hat, so nachteilig wirkt sie für die kleineren Unternehmungen. Die Kapitalien, welche zur Einführung moderner Maschinen erforderlich sind, haben eine solche Steigerung erfahren, daß sich die Kleinunternehmer der fortschreitenden technischen Entwick-

lung des Gewerbes machlos gegenübergestellt sehen. Die technische Höhe ihrer Betriebe bleibt in immer stärker werdendem Maße hinter der Spitzenentwicklung zurück.

Unterchiedlich in früheren Jahren der Kleinbetrieb hauptsächlich größenmäßig, sagen wir quantitativ von dem Großbetrieb, so tritt in neuerer Zeit als schwerwiegender Umstand hinzu, die sich verschärfende Unterscheidung in qualitativer Hinsicht zum Gunsten des Kleinbetriebes. Die Möglichkeiten zur Verbesserung graphischer Ergebnisse höherer Qualität und solcher in Form von Massenprodukten bleiben ihm verschlossen. Beide Forderungen entsprechen dem Zuge der Zeit.

So wäre eigentlich anzunehmen, daß die Tendenz der Weiterentwicklung unter diesen Umständen ausschließlich zum Erliegen des Kleinbetriebes führen müßte. Hier kommt ihm jedoch ein Umstand zu Hilfe, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung für seine Lebensfähigkeit ist. Bei Anschaffung moderner Maschinen werden in den modernisierenden Betrieben fast regelmäßig unmodern gewordene Bestandteile des Maschinenparks überflüssig. Um ein trasses Beispiel herauszugreifen, sei ein Fall angeführt, welcher sich sinngemäß auch auf andere Branchen der graphischen Industrie anwenden läßt. Durch die Anschaffung der modernsten Rotationsmaschinen wurden fünf Notationsmaschinen älterer Systeme erübrigt, trotz gleichbleibender Produktion. Hier wurden mangels Absatzmöglichkeiten als Rohprodukte abgeworfen, während lediglich eine durch lächerlich niedere Preissetzung auf Käuferinteresse stieß und in einem kleineren Betriebe zur Produktion weitere Verwendung fand. Ein Beweis unter vielen, wie schwierig dem Kleinbetrieb die Einführung technischer Produktionsmittel fällt, denn von der Produktion der Maschinenfabriken entfällt auf ihn so gut wie gar nichts. Er fristet in ganz bescheidenem Umfange gewissermaßen seine Lebensfähigkeit aus den unmodern gewordenen Bestandteilen der technisch hochstehenden Betriebe auf.

Hieraus läßt sich selbstverständlich nicht folgern, daß seine Lebensdauer der des technisch hochstehenden Betriebes gleichzusetzen ist. Die Technisierung der Großbetriebe schreitet in relativ viel höherem Maße fort, als die der Kleinbetriebe. Die Unfähigkeit des Kleinbetriebes, sich die moderne Technik anzueignen, überträgt sich allmählich auf das Gebiet der Anschaffung in technisch hochstehenden Betrieben überflüssig gewordenen Technik überhaupt. Die Kluft in der Technik zwischen den beiden Größen wird späterhin eine solche Bedeutung erreichen, daß der Kleinbetrieb in seiner Gesamtheit zum Erliegen kommt. Sein technischer Rückstand wird voraussichtlich einen Punkt erreichen, an dem seine Leistungsfähigkeit gleich Null zu legen ist. Die Aufträge werden kümmerlicher; die Konkurrenz der Leistungsfähigen wird seine Ausschaltung vollständig machen. Darüber können noch Jahrzehnte vergehen.

Schon gegenwärtig erfolgen kleinere Neugründungen fast gar nicht, während bestehende Betriebe langsam, aber beständig eingehen. Einzelnen besonders florierenden Kleinbetrieben bleibt immerhin die Möglichkeit offen, die Entwicklung der Technik sprunghaft eingeholen. Diese Tatsache ändert nichts an der Gesamttendenz. Die graphische Industrie entwickelt sich in der Richtung zum industriellen Großbetrieb. Sie befindet sich noch in der Phase der Ausschaltung der gewerbsmäßigen Kleinbetriebe.

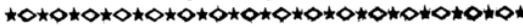
Welche Haltung bewahren wir gegenüber der augenscheinlichen Entwicklung zum Großbetrieb bzw.

wie beurteilen wir das voraussichtliche Erliegen des Kleinbetriebes? Der Großbetrieb ist der Träger des technischen Fortschrittes. Massen- und Qualitätsproduktion — die Forderungen der Gegenwart und Zukunft — sind nur erfüllbar in der technisch hochstehenden Produktionsstätte — im Großbetrieb. Nur der technische Fortschritt der graphischen Industrie — zwangsläufig mit dem Großbetrieb verknüpft — verleiht Aufrechterhaltung und Steigerung der Bedeutung der graphischen Industrie im Rahmen der Gesamtwirtschaft. So gestellt beantwortet sich die Frage nach unserer Einstellung unbedingt im bejahenden Sinne. Nur hoffnungslose Romantik wird die tendenzielle Entwicklung der graphischen Industrie vom gewerblichen Kleinbetrieb zum ausschließlichen industriellen Großbetrieb bedauerlich finden, abgesehen davon, daß die größten Sympathien den Kleinbetrieb nicht im geringsten vor seinem Schicksal bewahren können.

Diese Entwicklung liegt durchaus im Sinne der theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie ist für die Haltung der freigewerkschaftlichen graphischen Organisationen um so bedeutungsvoller, als durch sie mittelbar eine Umwandlung der Döntungsart derjenigen Teile der graphischen Ar-



Heimkehr nach zwölfstündiger Arbeitszeit:
Zu müde zum Essen.



beiterchaft erzeugt werden wird, die in ihrer wirtschaftlichen Effizienz gegenwärtig und noch zukünftig vom Kleinbetrieb abhängig sind. Unseren kollegialen Gruß denen, die im Kleinbetrieb arbeiten, selbsterwirtschaftlich organisiert und Streiter unserer Bewegung sind. Sie können sich durch die allgemeineren Feststellungen nicht getroffen fühlen, daß der Kleinbetrieb mit seinen Besonderheiten oft die Drußkammer der Eigenbrüderlei und des gewerkschaftlichen Indifferentismus ist. Der Großbetrieb — alle Erfahrungen bezeugen es — ist der fruchtbarste Boden der freigewerkschaftlichen graphischen Arbeiterbewegung. Ihm wünschen wir darum auch aus diesem Grunde eine kräftige Entwicklung und hoffen, daß sie sich in einem schnelleren Tempo vollziehen möge, als bisher.

Herrmann-Ling.

Was wirst du tun? Wo wirst du sein und wohnen?
Was wirst du dir? Und was aus Weib und Kind?
Das fällt uns an und quält uns ab und ab.
Grillparzer.

Invaliden- und Altersrentenzuschuß in unserm Verband.

Diese Frage beschäftigt wohl nicht erst heute die Mitglieder unseres Verbandes. Die Buchdrucker und Buchbinder haben bereits ähnliche Einrichtungen, welche bezwecken, den alt und arbeitsunfähig gewordenen Gewerkschaftsmitgliedern einen besonderen Zuschuß zur Invaliden- oder Altersrente zu geben.

Zweck der Gewerkschaften ist ja nicht, den Mitgliedern nur Unterstellungen zu zahlen bei Noisfällen, sondern die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in jeder Beziehung zu bessern. Der letzte Bericht des Gewerkschaftsbundes zeigt dies ja auch ganz deutlich in den Zahlen der Einnahmen und Ausgaben. Als Beispiel seien folgende Zahlen angegeben: Bei einer Gesamteinnahme der Gewerkschaften im Jahre 1928 von 147,628 Millionen Mark kommen bei einer Gesamtausgabe von 125,874 Millionen Mark nur 33,050 Millionen Mark für Unterstellungen in Frage, oder ungefähr 26 1/2 Proz. der Ausgaben werden für den so wichtigen Faktor „Unterstützung von Mitgliedern“ ausgegeben. Wichtig insofern, als heute keine Gewerkschaft ohne Unterstellungen — bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streit, Sterbefällen usw. — mehr bestehen kann.

Es fragt sich nun, können unsere Gewerkschaften, kann unser Graphischer Hilfsarbeiter-Verband daran denken, einen Zuschuß zur Invaliden- oder Altersrente zu geben? Ich möchte diese Frage mit Ja beantworten.

Die Mittel für diesen Zweck lassen sich sehr leicht aufbringen, denn schon bei Zahlung von wöchentlich 20 Pf. pro Mitglied kommen Summen zusammen, welche in absehbarer Zeit nicht aufgebraucht werden können. Es werden sich auch wohl sehr wenige Mitglieder finden, welche gegen eine Beitragserhöhung aus diesem Grunde sein werden. Das Motto der Gewerkschaften ist doch von altersher: „Der Arbeiter helfe dem Arbeiter!“

Sind wir nicht auch einem großen Teile unserer älteren Mitglieder gegenüber verpflichtet, ihnen zu helfen in ihren alten Tagen? Haben nicht, abgesehen von wenigen Ausnahmen, diese alten Kollegen ein Lebensalter ihre Kraft, ihre Beiträge der Organisation zur Verfügung gestellt? Deshalb sage ich: Helfen wir hier etwas schaffen für die alten Gewerkschaftler, damit das Wort „Solidarität“ nicht leerer Begriff bleibt.

Die geschulden Zahlungen an alte und invalide Kollegen sind doch so minimal, daß hier etwas geschaffen muß. Wenn der Staat nicht helfen kann und will, so sollte uns das noch lange nicht davon abhalten, hier eine soziale Tat zu vollbringen, welche der gewerkschaftlichen Idee nur nützlich sein kann nach jeder Richtung hin. Es liegt also an uns, sich mit dieser Frage zu befassen, nicht nur die Mitgliederversammlungen, sämtliche Funktionäre sollten sich in nächster Zeit mit diesen Dingen vertraut machen.

Es muß hier eine Einrichtung getroffen werden, welche als Hilfe in alten Tagen von unseren Mitgliedern in Anspruch genommen werden kann. Der Halt der Mitglieder an ihrer Gewerkschaft wird dadurch auch in anderer, zumal wir ja viel bodenständiges Personal in den Betrieben haben.

Es kommt sehr häufig vor, daß ältere Arbeitsbrüder ihren Arbeitsplatz gern jüngeren Kräften zur Verfügung stellen würden, wenn dieselben neben der Invaliden- oder Altersrente einen weiteren Zuschuß bekämen, der sie vor der größten Not schützen könnte.

Um nun auf vorgelegtem Wege weiter zu kommen, hat sich in einem der größten Berliner

Die anderen.

Wer im gewerkschaftlichen oder politischen Leben für die Stärkung der Organisation agitiert, wird oft die wunderlichsten Entschuldigungen und Gründe zu hören bekommen, die den einen oder anderen angeblich — ich sage ausdrücklich angeblich, denn meistens sind es *U s r e d e n* — abhalten, sich seiner gewerkschaftlichen oder politischen Organisation anzuschließen. Einer von den vielen „Gründen“ ist wohl der, daß man sich auf die „anderen“ beruft.

„Ach, ja ich würde sofort dem Verbande beitreten; ich habe das Verständnis dafür — aber die *a n d e r e n*, mit denen ich absolut nichts anzufangen. Und daß ich allein das Risiko übernehmen soll, bei nächster Gelegenheit hinausgeworfen zu werden ...“

So ungefähr lautet der Reim. Untersuchen wir doch einmal, ob dieser Einwand wirklich berechtigt ist. Ich behaupte: Nein! Als Beweis möchte ich ein eigenes Erlebnis zum besten geben, das allerdings schon mehr als 25 Jahre zurückliegt, aber auch heute noch aktuell sein dürfte.

Ich hatte meine Lehre beendet und mein Sinn stand in die ferne. Organisational Ja, wir hatten einen Sozialverein, wie sie auch an anderen Orten bestanden. (Sie sind dann später zu einem Zentralverband zusammengeschlossen.) Also ich ging in die Fremde und in dem nächsten Jahre vollzog sich dann der eben erwähnte Zusammenschluß. Zwei Jahre nach meinem Fortgang kam ich wieder (zu einem kurzen Besuch) in meinen Heimatsort. Der eine Be-

trieb war seitlich organisiert, der andere aber barg lauter unorganisierte Kollegen. Ich war mit ihnen gut bekannt. Gelegentlich eines Spazierganges begegnete ich einem dieser Kollegen und kam mit ihm u. a. auch über die Organisationsfrage ins Gespräch. Ich legte ihm die Gründe dar, warum es notwendig sei, sich zu organisieren.

„Ja, meinte er, daß sehe ich wohl ein. Nur auf dem Wege des Zusammenschlusses ist etwas zu erreichen. Wenn es nach mir ginge, wären wir alle im Verbande. Aber die *a n d e r e n*! Da kommt du schon an. Keine Abnung haben sie von solchen Dingen, alle, wie sie da sind.“

„Na, meinte ich, dann muß man es den Kollegen doch plausibel machen.“

„Ja, um am nächsten Tage verläßt dich zu werden und rauszufliegen. Na, da mache ich nicht mit.“

„O je, so dachte ich, da sieht es aber düster aus. Doch glaube ich, mein Heil liegt auch bei einem andern verfluchten zu müssen.“

Am nächsten Tage suchte ich den zweiten Kollegen auf, um mit ihm über die Notwendigkeit der Organisation zu reden.

„Resultat? „Mein lieber Kollege! Wenn es nach mir ginge, dann wären wir alle organisiert. Ich wäre sofort dabei. Aber die *a n d e r e n*! Das sind ja Idioten, mit denen überhaupt nichts anzufangen ist. Nicht ein einziger würde mitmachen.“

„Na, wagte ich schließlich einzuwenden, da ist doch z. B. der Kollege N. (mit dem ich tags zuvor gesprochen), der wird doch vielleicht mitmachen.“

„Der? Das ist gerade der rechte. Auf den ist zu allerletzt zu rechnen.“

„Halt, dachte ich, also zwei wollen doch schon mitmachen, wenn nur „die anderen“ dabei sind. — Jetzt machte mir die Geschichte Spaß und ich suchte den dritten auf.“

Und der entwarf erst ein Bild von „den anderen“. Nach ihm waren sie lauter Troddel, die sich alles mögliche gefallen ließen von ihrem Arbeitgeber. Er wäre wohl sofort dabei, in den Verband einzutreten, aber „die anderen“? Die niemals. Und er allein wollte auch nicht „der Dumme“ sein.

Ich lächelte vor mich hin, sagte aber weiter nichts und empfahl mich.

Den vierten fand ich beim Abendessen. Schmalzstulle mit einer Tasse Kaffee. Die Unterhaltung war bald im Gange, und er schimpfte tüchtig auf seinen Prinzipal, der einen sehr schlechten Lohn zahlte, so daß trotz allerhand Uebelstunden für Kleidung usw. kaum etwas übrig bliebe. Auf meine Vorhaltungen, warum er und die übrigen Kollegen denn nicht die Vorbedingungen schaffen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, indem sie sich organisierten, hatte er auch nur die Entschuldigung, daß „die anderen“ ganz bestimmt nicht mitmachen würden.

Ich aber wurde immer zuversichtlicher und suchte auch die übrigen Kollegen, etwa zwölf im ganzen, auf. Und alle, o h n e *U s n a h m e*, erklärten sie, daß sie persönlich wohl bereit wären, dem Verbande beizutreten. Aber „die anderen“ würden niemals so etwas tun.

Druckereibetriebe eine Hilfsgemeinschaft gebildet, welche den selbstlosen Zweck verfolgt, älteren Arbeitsbrüdern zu helfen. Die Mitglieder dieser Gemeinschaft sind sämtlich langjährige Organisationsmitglieder und haben sich bis auf weiteres verpflichtet, freiwillig monatlich einen Beitrag von 1 Mt. zu entrichten. Diese Gemeinschaft erlucht nun alle Verbandsmittelglieder, sämtliche Interessenten dieser Idee, sich in dem Sinne zu betätigen, auf daß in allen Orten Deutschlands zu gleicher Zeit der Ruf erklingt: Einrichtung einer Rentenzuschußzahlung für unsere alten Kollegen und Kollegenin!

Auf, Kollegen, laßt uns wirken! Schon Goethe sagt: „Am Anfang war die Tat!“
Erich Matuschke, Berlin.

5. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin.

Der Bundesvorsitzende, Theodor Leipart, erstattete zunächst Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstands. Er teilte unter anderem mit, daß ein besonderer „Gewerkschaftsausschuß für Berufsbildung“ errichtet worden ist, in dem der ADGB und der IFA-Bund mit zusammen sechs, der DGB mit vier und der Gewerkschaftsring mit zwei Delegierten vertreten sein sollen. Ferner ist eine zentrale Einkaufsgenossenschaft zum Vertrieb für Bureauaterialien und Papier („Büropa“) gegründet worden, deren Geschäftstätigkeit am 1. Oktober begonnen hat. An dieser Neugründung ist auch die „Konzentra“, die Dachgesellschaft der Parteiunternehmungen, beteiligt. In der Debatte brachten alle Redner zum Ausdruck, daß die Sammlungen für die streikenden englischen Bergleute, an die Leipart in seinem Bericht gleichfalls erinnert hatte, mit Nachdruck fortgesetzt werden müssen. Diese Mahnung fand allgemeine Zustimmung. Am Schluß der Debatte stellte Genosse Leipart daher fest, daß sich der gesamte Bundesauschuß in der Erkenntnis der großen Bedeutung des Streiks in England der in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Auffassung, die Sammlungen mit verdoppeltem Eifer fortzusetzen, anschließt.

Sodann erläutert und begründet Genosse Dr. Broecker Vorschläge betreffend Maßnahmen zum Schutze der älteren Arbeiter. Unter der Wirtschaftskrise leiden die älteren Arbeiter besonders stark, weil die Unternehmer jetzt mehr als sonst geneigt sind, ältere durch jüngere Arbeitskräfte zu ersetzen. Genaue Feststellungen über den Umfang dieser Erscheinung lassen sich nicht machen, aber der Augenschein lehrt, daß die Benachteiligung der älteren Arbeiter doch so groß ist, daß sich besondere Maßnahmen zu ihren Gunsten rechtfertigen. Zu diesem Zwecke ist vor allem entsprechend einzuwirken auf die Arbeitsvermittlung; die Arbeitsnachweise sollen die Möglichkeit bekommen, der Benachteiligung der älteren Arbeiter bei der Stellenvermittlung entgegenzuwirken. Notwendig sei ferner ein gewisser Zwang zur Beschäftigung älterer Arbeiter sowie eine Verstärkung des Schutzes gegen Entlassungen. Diese Gesichtspunkte seien bei der Ausfüllung der Vorschläge maßgebend gewesen. In der Debatte wurde die mit den Vorschlägen verbundene Absicht allgemein begrüßt. Einige Redner fordern eine Erweiterung der Vorschläge, andere eine Abänderung ihres Wortlautes. Die Vorschläge wurden an die Vorstände zur weiteren Prüfung überwiesen.

Der Bundesauschuß beschäftigte sich an beiden Sitzungstagen mit der gesetzlichen Regelung

Jetzt lud ich, jeden persönlich, zu einem Glase Bier ein, ohne aber zu sagen, daß auch „die anderen“ kommen würden. Und keiner hatte dem anderen geraten, daß er sich abends mit dem „Organisierten“ treffen würde. Bis auf einen, der mir brieflich mitgeteilt hatte, daß er leider nicht kommen könne, waren sie alle erschienen. Und alle staunten sie, daß auch „die anderen“ da waren. Und nun hielt ich ihnen das Unsinnsige ihrer Bedenken vor. Sagte ihnen, daß sie doch alle, auch „die anderen“, von dem Nutzen der Organisation überzeugt seien und daß die Ansicht, „die anderen“ würden nicht mitmachen, ein Ausfluß grandioser Furcht, ja, bei dem einen oder anderen nichts weiter als eine Ausrede sei.

Und der Erfolg? Alle traten sie dem Verbands bei. Auch der nicht anwesende Kollege vollzog am nächsten Tage seinen Anschluß. Und einige Wochen später war der Arbeitgeber auf Grund der Tatsache, daß er es mit einer einzigen organisierten Kollegenschaft zu tun hatte, gezwungen, erhebliche Zugeständnisse bezüglich der Entlohnung und auch der Arbeitszeit sowie sanitären Einrichtungen des Betriebes zu machen.

Und die Moral von der Geschichte? Nicht „die anderen“, sondern wir selbst sind schuld, wenn die Organisation nicht Fuß fassen will. Organisieren wir uns selbst, dann sind auch die anderen organisiert. Wir selbst sind „die anderen“. Darum fort mit allen Ausreden und Vorbehalten und

hinein in die Organisation!

der Arbeitszeit und der Bekämpfung von Ueberstunden. Genosse Leipart leitete die Aussprache ein. Angesichts der hohen Zahl der Arbeitslosen sei die Ueberstundenarbeit, sofern sie nicht infolge besonderer Umstände unumgänglich sei, besonders verwerflich. Die Bekämpfung der Ueberstunden schließe in sich die Forderung, daß der Achttundentag nicht überschritten wird. Es sollen in Zukunft nur dann Abweichungen vom Achttundentag zugelassen werden, wenn dringende Notfälle vorliegen oder wenn Ueberstunden zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind. Die Feststellung eines Arbeitszeitgesetzes können die Gewerkschaften nicht abwarten. Sie müssen daher, um der dringenden Not der Arbeitslosen so schnell wie möglich zu begegnen, ein Notgesetz fordern. Aber auch die Verabschiedung eines solchen erfordert Zeit, weshalb sich der Bundesauschuß auch an die Verbände wenden muß, damit sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Häufung der Ueberstunden entgegenzutreten.

Der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand, Spieß, der Leiparts Ausführungen ergänzte, legte dar, daß in den letzten Monaten keine zu irgendwelchen Hoffnungen berechtigende



Feierabend nach achttündiger Arbeitszeit.

Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Voraussetzungen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes lassen sich zwar nicht einmal für die nächste Zukunft machen, aber es liegen zahlreiche Gründe zu einer sehr ernsthaften Beurteilung der Lage und damit genügend Gründe zur Durchführung schnell wirkender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor. Da der Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen die baldige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes groß ist, ist es notwendig, die deutsche Belegschaft jetzt sofort zu einer Teilregelung der Arbeitszeitfrage durch ein Notgesetz zu drängen, das eine den Forderungen der Gewerkschaften entsprechende Regelung in entscheidenden Punkten vorwegnehmen soll.

In der sehr eingehenden Debatte wandten sich die Redner verschiedener Verbände vor allen Dingen gegen den Mißbrauch, der mit dem Begriff Arbeitsbereitschaft in einer Reihe von Berufen des Verkehrsgewerbes, der krafterzeugenden Industrie sowie im Gasthaus- und Friseurgewerbe getrieben wird. Die in der Entschließung aufgestellten Forderungen sollen durch entsprechende Änderungen der geltenden Arbeitszeitverordnung verwirklicht werden.

Der Bundesauschuß nahm einstimmig folgende Entschließung an:

Entschließung

betr. Forderung eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit.

I.

Als Folgeerscheinung der völlig verfehlten und von den Gewerkschaften bekämpften geltenden Arbeitszeitregelung haben wir heute eine teilweise unmäßige Ausdehnung der Arbeitszeit und ein unerträgliches Ueberstundenwesen, während zugleich zirta zwei Millionen Menschen die Möglichkeit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft nicht finden können und statt dessen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Dieser furchtbare Zustand, der bei weiterem Fortbestehen der geltenden Arbeitszeitverordnung chronisch zu werden droht, hat mit Recht Empörung und Unwillen unter Arbeitslosen und Arbeitenden hervorgerufen.

Es ergibt sich daher die zwingende Forderung, eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit dadurch herbeizuführen, daß die regelmäßige Arbeitszeit sofort auf das von den Gewerkschaften aus vielen anderen Gründen stets geforderte Höchstmaß von acht Stunden täglich zurückgeführt wird. Die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Arbeitsmöglichkeit ist auch im Reichsarbeitsministerium bereits insofern anerkannt worden, als im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung

von dort Ueberstunden als unerwünscht bezeichnet wurden. Um so mehr muß energischer Protest dagegen erhoben werden, daß bis in die jüngste Zeit noch Schliesßprüche gefällt und sogar für verbindlich erklärt worden sind, die den Arbeitern eine längere als achttündige Arbeitszeit aufzudrängen.

Angesichts der katastrophalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist es für die Gewerkschaften unerträglich, eine den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende, vernünftige Arbeitszeitregelung von dem zweifelhaften Ausgang der Beratung eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes abhängig zu machen. Der Bundesauschuß fordert daher eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Achttundentag wiederherstellt.

II.

Angesichts der großen und langdauernden Arbeitslosigkeit ist es für die Gewerkschaften unerträglich in vielen Betrieben die reguläre Arbeitszeit noch durch Mehr- und Ueberstunden verlängert wird. Der Bundesauschuß verpflichtet deshalb alle Verbände, diesem Unwesen auch aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzuwirken. Er fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, durch die Unterstützung dieser Bemühungen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitsbrüdern zu üben.

Im Auftrage des Bundesvorstandes erstattete Johann Genosse Schlimme den Bericht der Kommission zur Vereinfachung der gewerkschaftlichen Verwaltungseinrichtungen. Er erinnerte an den Beschluß einer früheren Bundesauschußsitzung, durch den die Kommission eingesetzt wurde, und schilderte ihre Arbeitsweise. Das Einheitsmitgliedsbuch wird im nächsten Jahre von 27 Verbänden eingeführt sein. Die Kommission hat den Verbänden zunächst Maßnahmen zu einer Finanzreform zwecks Stärkung des Kampffonds vorgeschlagen. Sie hatte außerdem die Aufgabe, Anregungen zur Verbesserung der Sitzungen zwecks Herbeiführung einer Einheitlichkeit der Beiträge wie der Leistungen der Verbände und einer Vereinfachung der Verwaltungsausschüsse zu geben. Die Vorschläge der Kommission, die der Referent im einzelnen erläuterte, beziehen sich vor allem auf die Höhe des Beitrittsgebühres und die Staffelung der Beiträge sowie auf ihre Verteilung auf die Orts-, Gau- und Hauptstellen, werden sich aber auch ausdehnen auf den Aufbau der Unterstützungseinrichtungen und die Höhe der Unterstützungssätze. Mit allen Vorschlägen der Kommission, die den Verbandsvorständen bereits schriftlich zugegangen waren, haben sich die Mehrzahl der Verbände mit der Mehrzahl der Mitglieder einverstanden erklärt. Die von anderen Organisationen erhobenen Einwände sind nicht von entscheidender Bedeutung.

Im Anschluß an die Ausführungen Schlimmes erklärte Leipart, daß die Vorschläge der Kommission als einheitliche Richtlinien zu betrachten seien. Durch ihre Anerkennung soll nicht sofort verbindliches Recht geschaffen werden. Vielmehr wird den Verbänden eine Uebergangsfrist zu ihrer Durchführung eingeräumt werden.

Der Bundesauschuß beschloß dementsprechend, daß die Vorschläge der Kommission als Richtlinien zu gelten haben, die möglichst bald von allen Verbänden durchgeführt werden sollen.

Die Ausgetretenen.

In den Reihen der Arbeiterschaft gibt es noch allzu viele, die aus diesem oder jenem Grunde „ausgetreten“ sind. Sehr oft, weil die Verbände „nichts gemacht“ haben. Oder sie haben „nicht genug getan!“

Auch die Unternehmer haben ihre Verbände, sind dort Mitglied und zahlen nicht geringe Beiträge. Arbeitskollege, der du ausgetreten bist, hast du schon einmal einen Unternehmer kennen gelernt, der aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten wäre, weil dieser „nichts oder nicht genug für ihn getan“ hätte? Nein, das gibt es nicht. Obgleich die Arbeitgeberverbände stets behaupten, sechs volle Jahre unter dem Druck der Gewerkschaften gestanden zu haben — ausgetreten ist keiner! Die haben gewußt, warum nicht! Und du?

Das ist der unverzeihliche Fehler der deutschen Arbeiterschaft. Der Unternehmer tritt aus seinem Verband höchstens dann aus, wenn er sich selbst so stark fühlt, daß er in seinen Betrieben die Arbeiter allein noch mehr in Lohn und Arbeitszeit drücken kann. Bei uns das Gegenteil. Nicht die halten sich von der Organisation fern, die infolge höchster Tüchtigkeit und Klugheit ohne Organisation einen anständigen Lohn erzielen können, sondern die sind es, die sich zu schwach fühlen, eine Lohnbewegung auf eigene Faust zu führen. Wüßtest du trotzdem die Kraft und Stärke der Organisation nicht erhöhen?

An die Nichtorganisierten!

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid? Oh, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert; aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Be-

wegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber auch: Ist das ein männliches, ist das ein würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Affirmationen begleitet, euch ermahne ich zur Scham.

Ferdinand Laffalle.

Wieder weiße Hände!

Unter dieser Ueberschrift stand einige Tage nach dem Ende des Generalfreistrites in einem englischen konservativen Blatte folgendes zu lesen:
 „Zahlreiche Männer und Frauen, die während des Streikes freiwillig den Dienst leisteten, unter ihnen viele Persönlichkeiten der Gesellschaft und der Intelligenzberufe, sind noch immer damit beschäftigt, die rüßigen und schmutzigen Spuren des Wirtschaftskampfes zu beseitigen. Als der Streik zu Ende war, gab es einen Ansturm auf die Dampfbäder, Hautspezialisten, Manikürsalons, Friseur- und andere Lieferanten körperlicher Liebreizes. Der Inhaber einer führenden Maniküranstalt erklärte, sein Geschäft habe sehr, sehr viel zu tun mit Damen, aber auch mit Herren, deren Hände die Wirkungen anstrengender körperlicher Arbeit während der letzten zehn bis zwölf Tage zeigten.“

Einmal in ihrem Leben haben diese Herrschaften gearbeitet — als Streikbrecher — und die Manikürmädchen haben alle Hände voll zu tun, um die Hände der Nichtstuer reinzuspülen! Wahrscheinlich, dieses zartgehaute Gefindel, das mit der Technischen Hilfe der Arbeiter das Brot aus den schwieligen Händen ringt und dann schnell läuft, um mittels der kosmetischen Nothilfe die eigenen, von der Arbeit befestigten Hände wieder weiß zu kriegen, — nein, den Schandfleck dieser weißen Hände nimmt der kapitalistische Gesellschaft kein Hautspezialist weg!

Der Schriftgießertarif allgemeinverbindlich.

Abschrift.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung).

Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, den 5. Oktober 1926.

Tsg.-Nr. IV 1424/150.

Entscheidung.

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt.

- Vertragsparteien
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verein Deutscher Schriftgießereien E. V.
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands für den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
- In Kraft getreten am
 - a) 1. März 1926 (Allgemeine Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages).
 - b) 1. Januar 1926 (Lohnordnung vom 23. September 1925).
- Verpflichtungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerblige Arbeiter in reinen Schriftgießereien und Messinglinienfabriken (im Umfange des § 1 des Tarifvertrages).
- Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
- Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 16 des Tarifvertrages, soweit Handwerksbetriebe in Frage kommen, und nicht auf die Bestimmungen über das Schiedsverfahren (Tarifschiedsgerichte).
- Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 1926, bezüglich der Lohnordnung mit Wirkung vom 1. September 1926.

Dr. Syrup.

Eingetragen am 8. Oktober 1926 auf Blatt 7136 Ifd. Nr. 4 des Tarifregisters. Der Registrator: Sprengel.

Aus den Zeitungen.

Breslau. Am 5. Oktober hielt der hiesige Ortsverein im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung nahm der 1. Vorsitzende, Kollege Reinhold, das Wort über Tarifverhältnisse im Buchdruckgewerbe sowie Behandlung arbeitsgerichtlicher Fragen. Er führte unter anderem aus, daß sehr mehr denn je die Kollegen und Kolleginnen sich gegen organisatorisch zusammenhängende müssen, um ein festes Bollwerk zu bilden gegen den von den Unternehmern gewünschten Lohnabbau und anderen Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses. Es ist des öfteren vorgekommen, daß Kollegen oder Kolleginnen dadurch ihrer wohlverdienten Ferien verlustig gingen, daß sie überhaupt keine Ferienliste zur Eintragung zu Gesicht bekommen oder wegen Konjunktur ihre Ferien verschleppen mußten und bei plötzlicher Entlassung um die Ferien geprellt wurden. Ferner gab Redner Bericht über mehrere ungerechte Entlassungen langjährig

tätiger Mitglieder, welche letzten Endes von der Gewerkschaftsentcheidung arg enttäuscht wurden. Zum Schluß erklärte er die Versammlung über das Verhalten bei Unfällen in Betrieben und das Recht auf Ausgleich zwischen Lohn und Krankengeld bei Betriebsunfällen. Kollege Reimann ergänzte mit einigen Worten die Ausführungen und forderte die Anwesenden auf, sich in Zukunft etwas mehr für den Anhalt des Tariffes zu interessieren. Hierauf hielt Kollege Klar vom Buchbinderverband ein ausführliches und sehr reiches Referat über die Erwerbslosenfürsorge. In sehr verständlichen Worten erklärte er den Unterschied zwischen Erwerbslosenfürsorge und Erwerbslosenversicherung. Wie viele Erwerbslose im Alter von 14 bis 18 Jahren warten vergeblich auf eine Unterstützung und liegen den Eltern oder sonstigen Angehörigen auf der Tasche, um zuletzt schließlich aus Not sich als billige Arbeitskraft den Unternehmern zu verkaufen. Redner drückte den Wunsch aus, daß recht bald die Erwerbslosenfürsorge als Fürsorge aufhört und Versicherungsart wird. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schind und Böhring. Die Versammlung dankte Kollege Klar für seine bereiten Ausführungen. Anschließend gab Kollegin Wicht als Kassiererin den Rollenbericht des 2. Quartals. Kassier, Kollege Barth, bestätigte die Richtigkeit und stellte den Antrag auf Entlastung, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Zum Punkt Ergänzungsbeitrag an Erwerbslose lagen zwei Anträge vor. In der Abstimmung entschied sich die Versammlung einstimmig für den Antrag der Selbstverwaltung, den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen eine einmalige Unterstützung in doppelter Höhe der zuletzt bezogenen Arbeitslosenunterstützung auszugeben. Unter verschiedenen teile Kollege Hohaus mit, daß Nacharbeiter ihren Nachdienstzuschlag bis zu einer gewissen Höhe nicht verlieren brauchen.

Gehemmt. In unserer Mitgliederversammlung am 5. Oktober, die etwas besser hätte besucht sein können, hielt Kollege Fiedewirth einen Vortrag über: Was lehrt uns die Internationale Gewerkschaftswoche? Der Referent gab zunächst einen Rückblick und schilderte die Ursachen, die zu dieser Werbewoche geführt haben. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie gerade vor 25 Jahren die deutschen Gewerkschaften einen Kampf abgeschlossen hatten gegen den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Beschützt sollte natürlich das Unternehmertum werden. Den Arbeitern sollte es unmöglich gemacht werden, sich durch Streit einen höheren Lohn zu erringen. Gemeinsam haben damals die politische proletarische Partei und die Gewerkschaften gegen diese Zuchtshausvorlage getämpft.

Redner warnte im weiteren Verlauf seiner Rede die Kollegenschaft, sich nicht durch schöne Reden wie die von Silberberg und Duisberg betören zu lassen. Die Arbeiterschaft könne nur durch eigene Kraft und durch starke geschlossene Organisationen eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse für sich erringen und durchzuführen.

Von der Werbewoche konnte Fiedewirth berichten, daß sich erfreulicherweise eine Anzahl Funktionäre zur Hausagitation zur Verfügung gestellt hätten. Auch seien schöne Erfolge zu verzeichnen. Aber leider hätten noch immer einige Kolleginnen abseits der Organisation und seien auch durch die mündliche Agitation nicht zu bewegen, sich wieder der Organisation anzuschließen. Hier mußte die Unterstützung der Beschäftigten und Maschinenmeister einfließen, die die Notwendigkeit, sich zu organisieren, erkannt hätten, sie mühten auch mit dafür sorgen, daß Anzeigerinnen und Hilfsarbeiterinnen Mitglieder ihres Verbandes werden. Wenn man aber oft sogar die Inorganisierten bevorzugt und ihnen mitunter recht beifällig ist, so braucht man sich nicht zu wundern, daß sich innerhalb der organisierten Kollegenschaft einige Inorganisierte halten können.

Zum zweiten Punkt Stellungnahme der Gewerkschaften zu den aktuellsten Fragen, wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die Gewerkschaften mit ganzer Kraft einsetzen müßten für Umstellung der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Das Millionenheer der Arbeitslosen liefer uns den deutlichsten Beweis, daß eine solche Wirtschaftspolitik verschwinden muß. Selbstverständlich mußte auch der englische Bergarbeiterstreik erwähnt werden. Aus diesem Streit sollte und müßte die deutsche Arbeiterschaft lernen.

Auf Anregung wurde beschlossen, aus der Lokaltasse 60 Mk. zur Unterstützung für die englischen Bergarbeiter sofort abzuführen.

Ein weiterer Antrag aus der Mitte der Versammlung, einen Delegierten zum Kongress der Werttätigen zu entsenden, wurde abgelehnt. Nach weiterer belangloser Aussprache und Bekanntgabe einiger Mitteilungen, wurde die Versammlung geschlossen.

Crimmischau. Eine gemeinschaftliche Versammlung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen und des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands fand am 28. September in unserem Vereinslokal „Gasthaus zur goldenen Säge“ statt. Der Buchbinderverband hatte zu dieser Versammlung den Gauleiter Emil Pölke, Chemnitz, zu einem Referat über Lohn- und Tarifpolitik eingeladen. Eingang seines Vortrages streifte er nochmals die verlorene internationale Werbewoche. Bei dieser Gelegenheit veräußerte er nicht, den anwesenden Kollegen und Kolleginnen drei anwesende treue Anhänger unserer Verbände als leuchtendes Vorbild hinzustellen, es sind dies die drei Kollegen Franz Alppold, Felix Trifmann und Ottomar Jung, welche länger als 25 Jahre unserer Gewerkschaft angehören. Er ermahnt alle, es ihnen gleich zu tun, um unsere Arbeiten wirksam zu unterstützen. Eine Aussprache über den Vortrag wurde nicht gewünscht. Zum Schluß gab Kollege Pölke noch verschiedene Anregungen für die Agitation.

Rundschau.

Der Reichshilfsarbeiterrat ist, da er nicht zum zulässigen Termin von einer der Tarifparteien gekündigt wurde, bis zum 28. Februar 1927 verlängert.

Bei Ford wird fünf Tage in der Woche gearbeitet! Nach Berichten aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten hat der amerikanische Automobilindustrielle einen neuen

Reford geschaffen. Er hat die Fünftagewoche bei gleichbleibender täglicher Arbeitszeit in seinen Werken eingeführt. Der Lohn soll keine Senkung erfahren. Schon vor längerer Zeit hat Ford in amerikanischen Zeitungen der Meinung Ausdruck gegeben, daß der amerikanischen Bevölkerung, deren haupfsächlichster Bestandteil ebenfalls aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, mehr als bisher Gelegenheit gegeben werden müsse, die von der amerikanischen Industrie erzeugten Waren zu verzehren. Bei der heute bestehenden Freiheit sei dies nicht möglich, es müsse deshalb zur Fünftagewoche geschritten werden. Nummehr ist Ford zur Verwirklichung dieses Planes geschritten. Mit fühnem Bagemut zeigt dieser eigenartige Industrielle, was heute alles möglich ist. In Deutschland arbeitet ein Arbeiter der Schmierindustrie jedesmal 12 Stunden, teilweise siebenmal 12 Stunden in der Woche, das ist das Doppelte der Arbeitswoche bei Ford. Wahrlich ein sehr weiter Unterschied!

Im Zusammenhang mit dieser Nachricht geben wir von einer weiteren Ausbreitung der amerikanischen Automobilindustrie in Deutschland Kenntnis.

Der amerikanische Automobilkönig Henry Ford hat vor einigen Monaten in Berlin eine Fabrik zur Fabrikation von Kraftwagen errichtet. Dieses Unternehmen befindet sich im Anfangsstadium der Entwicklung. Nummehr wird bekannt, daß auch die General-Motors-Corporation, das zweite große Automobilunternehmen Amerikas, sich in Deutschland festsetzen wird. In Norddeutschland soll eine größere Automobilgesellschaft von der Generalmotors erworben und nach den Grundrissen der amerikanischen Massenfabrikation zur Herstellung von Automobilen umgebaut werden. Es ist beabsichtigt, den Zusammenbau von Motorenwagen aus den in Amerika eingeführten Einzelteilen vorzunehmen. In Hamburg besteht bereits ein Werk der General-Motors-Co., welches Lastwagen zusammenbaut.

Literatur.

„Spenden-Akten“, Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. V. Engelhardt 1926. Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin G 14, Juchst. 6.

Annie Francis Svarraz: *Liebe und Liebe*. Geschildert von Unterirdischen und Verbannten. Herausgegeben von „Wahretz“, Berlin SW 61, 192 Seiten. Die bekannte Verfasserin, Gattin des Naturphilosophen Francis, gibt mit diesem Buch, das der „Wahretz“ als 3. Wert der Jahresreihe 1926 (8. Band) herausbringt, keine trodene aneinander gereihten Epochen aus dem Leben der Liebe und Pflichten, sondern einen von einheitlicher Naturauffassung erfüllten Durchsicht durch das Liebesleben in der Natur, von der kleinsten primitiven Lebewesen bis zu dem Menschen auf der höchsten Stufe der Kultur. Alles in einer Sprache, die getragen wird von herzlichem Empfinden und literar. Quantität, die hinausreißt über die engen Grenzen des Menschengebietes und alle Lebewesen, die die Erde bewohnen, umschließt. Wir lernen durch mannigfaltige Beispiele kennen, wie die Tiere sich durch eine Liebeszeit untereinander verständigen, ihre Weibchen durch Geschenke zu gewinnen trachten, ihre Krast und Gehirne beim Wettbewerb um die Frau in die Waagschale werfen; wir sehen, wie sich die Formen der Ehe mit ihren guten und schlechten Seiten bei den Tieren entwickeln, wie sogar bei den höher entwickelten Tieren ein ungeschriebenes Ehrenritze, dessen Verletzung durch Ehegatten zu gewissen trachten, ihre Krast und Gehirne beim Wettbewerb um die Frau in die Waagschale werfen; wir sehen, wie sich die Formen der Ehe mit ihren guten und schlechten Seiten bei den Tieren entwickeln, wie sogar bei den höher entwickelten Tieren ein ungeschriebenes Ehrenritze, dessen Verletzung durch Ehegatten zu gewissen trachten, ihre Krast und Gehirne beim Wettbewerb um die Frau in die Waagschale werfen; wir sehen, wie sich die Formen der Ehe mit ihren guten und schlechten Seiten bei den Tieren entwickeln, wie sogar bei den höher entwickelten Tieren ein ungeschriebenes Ehrenritze, dessen Verletzung durch Ehegatten zu gewissen trachten, ihre Krast und Gehirne beim Wettbewerb um die Frau in die Waagschale werfen.

Mit diesem Wert hat der „Wahretz“ die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein gutes Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorzüglich gut. Wie alle „Wahretz“-Werke, kann auch dieses Buch zur besten erhalten, der Mitglied im „Wahretz“ ist. Wegen Auskunst und Annahme werde man sich an die Zahlstellen (Wohlschulz-Str. 61) oder direkt an: Dr. Wahretz G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Abrechnungen.

In der Woche vom 4. bis 9. Oktober ging die Abrechnung vom Gau 6, Thüringen, hier ein.

Geldsendungen kamen aus Gau 6, Thüringen, der Restbetrag vom 3. Quartal 2651,60 Mk. und aus Gau 9, Bezirk Bielefeld, die 4. Rate vom 3. Quartal 800 Mk.

Berlin, den 9. Oktober 1926.

Heinrich Rodahl.

Für die Woche vom 17. bis 23. Oktober ist die Beitragsmarke in das 2. Feld des Mitgliedenscheines oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin und langjährigen Funktionärin Paula Golling nebst Bräutigam, Heinrich Karmann, zu ihrer am 7. Oktober stattgefundenen Vermählung die allerbesten Glückwünsche!

Die Mitgliederschaft der Zahlstelle Dortmund.

Unserer lieben Kollegin Adäli Hauß und ihrem Gemahl, Herrn Albert Martin, zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitgliederschaft der Zahlstelle Mainz.

Am 12. Oktober 1926 feierte unser Kollege und Vorsitzende

OTTO GLOTH

sein silbernes Jubiläum.

Wir wünschen dem Jubilar und seiner Frau Klara noch nachträglich viel Glück zu diesem seltenen Fest und wägen froh, wenn wir ihm bei gleicher Richtigkeit noch zur goldenen Fünfzig gratulieren können.

Der Gauverband Berlin.

Unsern lieben Kollegen und langjährigen Mitglied

Rudolf Bergmann

(in Pa. Köhler Verlags-Anstalt)

zum 25. jährigen Berufs- und Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Köln a. Rh.

Verantwortlich die Redaktion: G. S. u. L. G. Charlottenburg, Westfälische Str. 16. Preis: 10 Pfennig. Druck: Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Charlottenburg. Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.